

Gemeinde Malterdingen

Niederschrift

über die

öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am 17. Januar 2012 (Beginn 19:30 Uhr; Ende 21:00 Uhr)

im Bürgersaal des Rathauses Malterdingen

Vorsitzender:	Bürgermeister Bußhardt
Zahl der anwesenden Mitglieder:	11 (Normalzahl 13 Mitglieder)
Namen der nicht anwesenden Mitglieder:	Fritz Munding (entschuldigt) Dieter Schuh (entschuldigt)
Schriftführer:	Verwaltungsfachangestellte Rappold
Sonstige Verhandlungsteilnehmer:	Herr Dorer vom Büro Allgayer (TOP 1 und 2) Rechnungsamtsleiter Schuler

Nach der Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom 10. Januar 2012 ordnungsgemäß eingeladen worden ist,
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am 12. Januar 2012 ortsüblich bekanntgemacht worden ist und
3. das Kollegium beschlussfähig ist, weil mindestens 7 Mitglieder anwesend sind.

Zur Beratung und Beschlussfassung kommen folgende

Tagesordnungspunkte:

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer
2. Bebauungsplan "Stöck - Neufassung 2012"
 - Aufstellungsbeschluss
 - Billigung des Planentwurfs und Beschluss zur öffentlichen Auslegung
3. Bebauungsplan "Industrie- und Mischgebiet Unterwald"
 - Änderung des Aufstellungsbeschluss
 - Billigung des Planentwurfs und Beschluss zur öffentlichen Auslegung
4. Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes "Windenergieanlagen" nach § 5 Abs. 2 BauGB für den gesamten Bereich der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Emmendingen
 - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 und § 5 Abs. 2 b BauGB
5. Haushalt 2012
 - Vorberatung
6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 6. Dezember 2011
7. Bekanntgabe von Beschlüssen der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung
8. Bekanntgaben, Verschiedenes
9. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

1. Fragen und Anregungen der Zuhörer

a) Bushaltestelle in der Ortsmitte/Hauptstraße

Herr Mähling berichtet, dass die angelegte Bushaltestelle in der Hauptstraße eine Belastung der Anlieger darstelle. Die Treppe einer Anwohnerin sei täglich voll mit Zigarettenkippen und Speichel. Morgens und mittags würden vier Busse hintereinander über 10 Minuten an der Haltestelle stehen. Die Grundstückseinfahrten seien dadurch blockiert. Außerdem bemängelt er, dass für die wartenden Fahrgäste kein Wartehäuschen zur Verfügung stünde. Bei Regen drängten sich die Fahrgäste unter das Vordach der Apotheke. Ein weiteres Problem entstünde beim Winterdienst. Der festgetretene Schnee durch die Schüler sei nur sehr schwer zu entfernen. Er bittet darum, dieses Thema nochmals aufzugreifen und nach Alternativen zu suchen.

Er habe sich, so Bürgermeister Bußhardt schon des öfteren mit Herrn Mähling über dieses Thema ausgetauscht. Bei einem Ortstermin bei dem das Straßenverkehrsamt, die Polizei und der Gemeinderat zugegen gewesen sei, habe man die Angelegenheit besichtigt. Immer wieder sei dies auch Thema im Gemeinderat gewesen. Nach mehreren Überlegungen habe man jedoch festgestellt, dass es keine Alternativen für die Versetzung der Bushaltestelle gebe. Auch eine Verlagerung der Haltestelle ins Neubaugebiet sei nicht möglich, da dort parkende Autos ein Durchfahren der Busse nicht möglich machten. Für ein Wartehäuschen direkt an der Haltestelle fehle der Platz. Er könne sich jedoch vorstellen, dass man ein Wartehäuschen vor der alten Apotheke errichte. Er sei jedoch offen für konkrete Vorschläge, die von Seiten der Fachbehörde und Polizei jedoch auch genehmigungsfähig sein müssten.

b) Storchennest

Herr Nörenberg erkundigt sich, wann das Storchennest auf der alten Schule errichtet werde.

Dies solle, so Bürgermeister Bußhardt, demnächst montiert werden.

2. Bebauungsplan "Stöck - Neufassung 2012"

- **Aufstellungsbeschluss**
- **Billigung des Planentwurfs und Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

Gemeinderätin Melanie Krumm ist als Tochter eines im Gewerbegebiet ansässigen Betriebsinhabers und Grundstückseigentümers befangen. Sie nimmt während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt im Zuhörerraum Platz.

Herr Dorer vom Architekturbüro Allgayer erklärt den Sachverhalt. Hierzu wird auf die Sitzungsvorlage 01/2012 ö verwiesen, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Bereits 2010 hat der Gemeinderat beschlossen, die beiden Bebauungspläne zu überarbeiten und

deren Zeichnerische Teile und schriftliche Festsetzungen durch Neufassungen zu ersetzen. Allerdings wurde diese Gesamtübertragung zurückgestellt um zunächst in separaten Änderungsverfahren Regelungen zu Vergnügungsstätten und ebenerdigen Photovoltaikanlagen zu treffen. Die beiden Plangebiete grenzen aneinander und sind funktional und nutzungsmäßig verbunden. Die planungsrechtlichen Festsetzungen sind fast identisch. Daher sollen nun die Festsetzungen der beiden rechtskräftigen Bebauungspläne "Stöck" (in der Fassung der 2. Änderung) und "Stöck II - neue Fassung" (in der Fassung der 1. Änderung) aktualisiert und die beiden bisher eigenständigen Bebauungspläne zu einem Bebauungsplan zusammengefasst werden. Im übrigen wird auf die Ausführungen in der Begründung zum Bebauungsplanentwurf verwiesen.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen**

Beschluss:

- a) Für den im Lageplan vom 17. Januar 2012 dargestellten Bereich wird nach § 2 Abs. 1 BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt (Zusammenfassung und Neufassung der beiden bisherigen Bebauungspläne "Stöck" und "Stöck II - neue Fassung").
- b) Auf die Durchführung einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird verzichtet.
- c) Der Entwurf des Bebauungsplanes "Stöck - Neufassung 2012" in der Fassung vom 17. Januar 2012 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
- d) Der Entwurf der zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 17. Januar 2012 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt

3. Bebauungsplan "Industrie- und Mischgebiet Unterwald"

- **Änderung des Aufstellungsbeschluss**
- **Billigung des Planentwurfs und Beschluss zur öffentlichen Auslegung**

Gemeinderat Reiner Mundinger ist als Mitinhaber eines im Gewerbegebiet ansässigen Betriebes befangen. Er nimmt während der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt im Zuhörerraum Platz.

Herr Dorer vom Architekturbüro Allgayer erklärt den Sachverhalt. Hierzu wird auf die Sitzungsvorlage 02/2012 ö verwiesen, welche Bestandteil des Protokolls ist.

Bereits am 6. Oktober 2009 hat der Gemeinderat beschlossen, den aus dem Jahr 1969 stammenden Bebauungsplan "Industrie- und Mischgebiet südlich des Autobahnzubringers" im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB zu ändern. Nach Rücksprache mit dem für Bauleitplanung zuständigen Amt für Bauen und Naturschutz beim Landratsamt Emmendingen muss der Bebauungsplan nun doch im "klassischen" Verfahren nach § 2 Abs. 1 BauGB geändert bzw. neu aufgestellt werden.

Im Übrigen wird auf die Ausführungen in der Begründung zum Bebauungsplanentwurf verwiesen.

Die Offenlage würde Anfang Februar bis Mitte März erfolgen.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen**

Beschluss:

- a) Der Aufstellungsbeschluss vom 6. Oktober 2009 zur Änderung des Bebauungsplanes im vereinfachten Verfahren wird aufgehoben.
 - b) Für den im Lageplan vom 17. Januar 2012 dargestellten Bereich wird nach § 2 Abs. 1 BauGB ein Bebauungsplan aufgestellt (Neufassung des bisherigen Bebauungsplanes "Industrie- und Mischgebiet südlich des Autobahnzubringers").
 - c) Auf die Durchführung einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird verzichtet.
 - d) Der Entwurf des Bebauungsplanes "Industrie- und Mischgebiet Unterwald" in der Fassung vom 17. Januar 2012 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
 - e) Der Entwurf der zusammen mit dem Bebauungsplan aufgestellten Örtlichen Bauvorschriften in der Fassung vom 17. Januar 2012 wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt.
- 4. a) Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes "Windenergieanlagen" nach § 5 Abs. 2 BauGB für den gesamten Bereich der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Emmendingen**
- **Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 und § 5 Abs. 2 b BauGB**

Bezüglich des Sachverhaltes wird auf die Sitzungsvorlage 0650/11 der Stadt Emmendingen verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Bürgermeister Bußhardt erklärt den Sachverhalt. In der jetzigen Sitzung gehe es darum, dass mit der Aufstellung eines Teilflächennutzungsplanes begonnen werden könne. Über den Inhalt werde man im Gemeinderat noch diskutieren.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen**

Beschluss:

Die Gemeinde Malterdingen stimmt folgender Beschlussempfehlung an den Gemeinsamen Ausschuss zu:

Der Gemeinsame Ausschuss beschließt, einen Teilflächennutzungsplan gemäß §§ 2 Abs. 1, 5 Abs. 2 b BauGB für den Bereich der gesamten Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Emmendingen aufzustellen. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

- b) **Änderung des Flächennutzungsplanes der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Emmendingen für die Bereiche**
1. **des Campingplatzes Emmendingen; Umwandlung in Gewerbliche Bauflächen**
 2. **der Abfallaufbereitungsanlage in Emmendingen-Windenreute; Ausweisung eines Sondergebietes**
 - **Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschluss) gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB**

Bezüglich des Sachverhalts wird auf die Sitzungsvorlage 0666/11 der Stadt Emmendingen verwiesen. Sie ist Bestandteil des Protokolls.

Bürgermeister Bußhardt erläutert den Sachverhalt. Die Gemeinde Malterdingen ist hiervon nicht betroffen.

Der Gemeinderat fasst folgenden **einstimmigen**

Beschluss:

Die Gemeinde Malterdingen stimmt folgender Beschlussempfehlung an den Gemeinsamen Ausschuss zu:

Der Gemeinsame Ausschuss beschließt:

1. Die im Flächennutzungsplan (FNP) auf Gemarkung Emmendingen ausgewiesene Fläche "Campingplatz" wird umgewandelt in "Gewerbliche Bauflächen".
2. Die im FNP auf Gemarkung Windenreute östlich der K 5102 und nördlich des Brettenbaches bisher ausgewiesene landwirtschaftliche Fläche wird geändert in "Sondergebiet Abfallbehandlungsanlage".
3. Für die von den Änderungen betroffenen Flächen sind jeweils die beigefügten Lagepläne maßgebend.
4. Die Planungs- und Verwaltungskosten für diese Änderungen werden von der Standortgemeinde getragen.

5. Haushalt 2012

- Vorberatung

Rechnungsamtsleiter Schuler erläutert den Sachverhalt anhand einer Aufstellung des Vermögenshaushalts, welche dem Protokoll beigefügt ist.

Nach einigen kleineren Änderungen des Verwaltungshaushalts gegenüber der dem Gemeinderat vorliegenden Version beträgt die Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt **486.979 €**.

- Neue Telefonanlage

Die bisherige Telekommunikationsanlage wurde im April 2003 von der Firma A-K-W zum Preis von 6.773,28 € beschafft.

Nach nunmehr fast neun Jahren ist die TK-Anlage am Ende. Sie ist nicht mehr erweiterbar, es sind keine freien Ports mehr vorhanden.

Eine neue Anlage würde laut vorliegendem Angebot 6.102,78 € kosten.

In letzter Zeit, einerseits bedingt durch das Alter der Anlage und durch die bisherige Baustelle im Rathaus, häufen sich allerdings die Fehler. Dies geht über ein Rauschen und Kratzen bis hin zum Ausfall einzelner Apparate. In diesem Fall hilft nur noch die Unterbrechung der Stromzufuhr.

Die bisherige Anlage hat bis November 2011 Gesamtkosten in Höhe von 7.209,64 € verursacht, dies entspricht einem Monatsbetrag von 70 €.

Dies spricht für einen Kauf der Anlage. Die Vorgängeranlage war von der Telekom gemietet und kostete damals 212 € Miete pro Monat.

Für den Kauf von der Firma A-K-W Kommunikation spricht, dass die Firma vor Ort ist und im Schadensfall sehr schnell reagieren kann.

- Neue Küchenzeile mit Geschirrspüler fürs Rathaus

Die Küchenzeile ist schon über 30 Jahre alt, ebenso der Kühlschrank, eine Geschirrspülmaschine ist nicht vorhanden. Gerade bei Empfängen wäre eine solche aber sehr hilfreich.

- Ersatzbeschaffung des Mannschaftstransportwagens bei der Feuerwehr

Der vorhandene MTW ist schon 33 Jahre alt. Außerdem verfügt er nicht über die vorgeschriebenen Sicherheitsgurte und Kopfstützen im Fahrgastraum.

- **Erweiterung der Straßenbeleuchtung**

Ständiger Ansatz 8.000 €.

- **Sanierung HRB Fernecker Tal**

Restmittel 524.000 €.

- **Kleinere Maßnahmen Abwasserbeseitigung**

Ständiger Ansatz 5.000 €.

- **Regenwasserkanal Riegeler Straße**

Diese Kosten werden benötigt für den notwendigen Ausbau des Regenwasserkanals in der Riegeler Straße. Der weitere Ausbau bis zur Einmündung der Straße "Im Kreuzfeld" würde mit 407.000 € zu Buche schlagen (siehe Entwurf mit optionalem Ausbau). Allerdings müsste man dann die allgemeine Rücklage bis auf den Mindestbestand ausschöpfen und hätte **zusätzlich** noch einen Kreditbedarf von **221.989 €**.

- **Anlage Rasengrabfeld Friedhof**

Schon beschlossen 22.000 €.

- **Bauhof**

Ersatzbeschaffungen (ständiger Ansatz) 5.000 €, Frontladerschaufel mit Zange für den Schlepper 3.000 €.

- **Sonstiger Grunderwerb**

Ständiger Ansatz 20.000 €.

- **LSP Malterdingen West**

1. Rate in Höhe von 100.000 €, sofern eine Programmaufnahme stattfindet.

- **Kredittilgungen**

56.243 €

Finanzierung:

- **Zuweisungen vom Land für HRB Fernecker Tal**

280.000 € Restmittel.

- **Zuweisungen vom Land für LSP West 60 %**

60.000 €

- **Zuführung des Verwaltungshaushaltes**

486.979 €

- **Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage**

105.464 €

Fazit:

Bei der Kreisumlage wurde mit einer Senkung von 2 Prozentpunkten gerechnet. Sollte diese Senkung nicht so erfolgen, sind pro Punkt noch **30.683 €** zu finanzieren.

Bei dem notwendigen Ausbau des Regenwasserkanals in der Riegeler Straße verbleibt in der Rücklage noch ein verfügbarer Rest in Höhe von 30.011 € (entspricht ca. einem Punkt Kreisumlage).

Baut man hingegen den Regenwasserkanal bis zur Straße "Im Kreuzfeld" aus, bedarf es eines Darlehens in Höhe von **ca. 222.000 €**.

- **Küchenzeile für das Rathaus**

Gemeinderätin Zipse schlägt vor, eine nicht mehr benötigte Küche des Kindergartens für den Personalraum des Rathauses zu verwenden. Ein Elektroherd sowie ein Geschirrspüler könnte dann noch hinzugekauft werden.

Bürgermeister Bußhardt sagt zu, dies zu überprüfen.

- **Ersatzbeschaffung eines Mannschaftstransportwagens der Freiwilligen Feuerwehr**

Bürgermeister Bußhardt erklärt den Sachverhalt anhand eines Schreibens der Freiwilligen Feuerwehr Malterdingen, welches Bestandteil des Protokolls ist. Er spricht sich für eine Anschaffung eines Mannschaftstransportwagens aus. Der bisherige Mannschaftstransportwagen entspreche nicht mehr den heutigen Sicherheitsstandards und sei bereits über 30 Jahre alt.

Für Gemeinderat und Feuerwehrkommandant Reiner Mundinger reicht ein gebrauchtes Fahrzeug vollkommen aus. Er habe sich bereits nach Angeboten von gut erhaltenen Fahrzeugen umgesehen.

- **Regenwasserkanal in der Riegeler Straße**

Gemeinderätin Schillinger erinnert daran, dass im Gemeinderat schon seit Jahren über dieses Thema diskutiert werde. Sie spricht sich für die optionale Maßnahme aus. Die Zinsen seien jetzt

noch niedrig. Man solle diese Angelegenheit jetzt durchziehen.

Auch Gemeinderat Huber spricht sich für die optionale Lösung aus.

Für Gemeinderat Hildwein ist der Straßenbelag in der Riegeler Straße ein Thema. Dieser solle bald erneuert werden.

Die Straßenoberfläche so Bürgermeister Bußhardt könne erst erneuert werden, wenn die Kanalrohre verlegt seien. Er plädiert für den optionalen Ausbau der Riegeler Straße. Die Haushaltslage sei günstig und der Kreditbedarf überschaubar.

Gemeinderat Reiner Mundinger äußert den Wunsch, dass vom Ingenieurbüro Gugel noch weitere Varianten ausgearbeitet und im Gemeinderat vorgestellt werden.

Rechnungsamtsleiter Schuler sagt zu, Herrn Gugel vom Ingenieurbüro Gugel zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Gemeinderat Hildwein erkundigt sich, ob das Darlehen durch Grundstücksverkäufe abgelöst werden könne.

Rechnungsamtsleiter Schuler weist darauf hin, dass es sich hier um eine Kreditermächtigung handle. Das Darlehen werde nur dann aufgenommen, wenn die Maßnahme auch tatsächlich beginne.

Bürgermeister Bußhardt will vorab wissen, welche der beiden angegebenen Maßnahmen (notwendiger Ausbau der Riegeler Straße in Höhe von 155.000 Euro oder optionaler Ausbau in Höhe von 407.000 Euro) vom Gemeinderat favorisiert werde.

Bei **acht** Jastimmen und **zwei** Enthaltungen favorisiert der Gemeinderat mehrheitlich den optionalen Ausbau der Riegeler Straße in Höhe von 407.000 Euro.

- **Frontladerschaufel mit Zange für den Bauhof**

Gemeinderat Hildwein bittet darum darauf zu achten, dass eine Frontladerschaufel erworben werde, die auf beide Schlepper passe.

6. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 6. Dezember 2011

Dieser Tagesordnungspunkt wird aufgrund einstimmigen Beschlusses auf die nächste Gemeinderatssitzung vertagt.

7. Bekanntgabe von Beschlüssen der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung

a) Verpachtung der Jagd im Jagdbezirk I (Feldjagd) ab 1. April 2012

Die Jagd im Jagdbezirk Malterdingen I (Feldjagd) wird entsprechend der Beratung mit dem Beirat der Jagdgenossen im Mitteilungsblatt der Gemeinde Malterdingen so bald als möglich öffentlich ausgeschrieben.

b) Genehmigung der Niederschrift über die nichtöffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 16. Dezember 2011

Bürgermeister Bußhardt verliest den wesentlichen Inhalt des Protokolls. Nachdem keine Einwendungen erhoben werden, gilt das Protokoll als genehmigt.

8. Bekanntgaben, Verschiedenes

Bürgermeister Bußhardt hat nichts bekannt zu geben.

9. Fragen und Anregungen der Gemeinderäte

a) Bushaltestelle beim Bahnhof

Gemeinderat Hügler weist darauf hin, dass die Grünfläche durch Überfahren größerer Fahrzeuge stark mitgenommen sei. Er befürchtet, dass die Straße beschädigt werde.

Ausgefertigt, Malterdingen, den _____

Bußhardt, Bürgermeister

Rappold, Schriftführerin

Gemeinderat

Gemeinderat